



BUNDESTAG AKTUELL WAHLKREISTICKER VON Dr. BÄRBEL KOFLER, MdB



Liebe Genossinnen, liebe Genossen!

Auch in diesem Jahr ist es mir wieder gelungen gemeinsam mit den SPD-Kreisverbänden Traunstein und Berchtesgadener Land die 3. Veranstaltungsreihe mit dem Titel „WIE WOLLEN WIR LEBEN?“ auf die Beine zustellen. In diesem Jahr werden wir u.a. mit Gabi Fograscher, stellv. innenpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion über die „Chancen und Risiken der digitalen Welt“ diskutieren. Christian Ude spricht beim Herbstfest in Steinbrünning und Hilde Mattheis, pflegepolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion wird in Traunstein über das Konzept „Bürgerversicherung Pflege“ berichten. Die SPD-Bundestagsfraktion möchte mit ihrem Konzept die Situation für pflegebedürftige Personen und Angehörige verbessern und eine bedarfsgerechte Pflege sicherstellen.

Der Veranstaltungskalender 2012 „WIE WOLLEN WIR LEBEN?“ wird in der kommenden Woche an viele von Euch verschickt. Außerdem steht ebenfalls nächste Woche der Flyer zum Download auf meiner Homepage www.baerbel-kofler.de bereit.

Mit besten Grüßen aus Berlin, Eure

Energiewende und Atommüll in Asse II

Fast ein Jahr nach der verheerenden Reaktorkatastrophe von Fukushima steht die Debatte um unserer zukünftige Energieversorgung immer noch ganz oben auf der Agenda. Diese Woche gab es im Bundestag eine Aktuelle Stunde zur Energieeffizienz und eine Debatte zu Asse. Offensichtlich ist die schwarz-gelbe Regierungskoalition nicht in der Lage, den Atomausstieg und eine echte Energiewende zu organisieren. Seit letztem Sommer herrschen Chaos und Streit, aktuell zwischen Umweltminister Röttgen und Wirtschaftsminister Rösler.

Das gefährdet die von SPD und Grünen erfolgreich gestartete Energiewende, die seit mehr als zehn Jahren läuft. In diesen Jahren hat Deutschland in allen möglichen Energieerzeugungstechnologien die Weltmarkt- und Technologieführerschaft erreicht, den Atomausstieg eingeleitet, den Klimaschutz vorgebracht und über 400.000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Der Anteil der Erneuerbaren Energien zwischen 1998 und 2009 hat sich verfünffacht. Seit 2009 aber wird das alles durch Schwarz-Gelb gefährdet.

Kritik der Industrie & Gewerkschaft

Kritik kommt nicht nur aus dem Parlament. Sowohl die Industriegewerkschaft IG BCE als auch der Bundesverband der Deutschen Industrie kritisieren, dass die Energiewende nicht durch Reden, sondern nur durch Fakten bewirkt werde. Ob Versorgungssicherheit, Preise, berechenbare Bedingungen für Investitionen, Fortschritte beim Klimaschutz—das Handeln der Bundesregierung bleibe „vage, unkoordiniert und Antworthaltig.“

Was wir jetzt dringend benötigen, ist ein weitsichtiges und modernes Konzept für die Energieversorgung unserer Zukunft, das auf drei Säulen basiert: Energieeinsparungen, Energieeffizienz und den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Und zwar in den drei Sektoren Strom, Wärme und Verkehr.

Die einzelnen Maßnahmen, die wir dafür brauchen, hat die SPD bereits im April letzten Jahres in ihrem Energiekonzept beschrieben und in den Bundestag eingebracht. Während die Bundesregierung weiterhin nur auf Großkraftwerke und Energiekonzerne setzt,

setzen wir auf die Innovationsfähigkeit von 82 Millionen Menschen und tausenden Unternehmen in unserem Land. Es muss endlich Schluss sein mit den aktuellen Verunsicherungen der Investoren, dem stockenden Netzausbau, den Lieferschwierigkeiten bei Spezialkabeln und den Problemen mit Baugenehmigungen und Finanzierung. Ansonsten bleiben wichtige Investitionen aus - und das stellt den Ausbau der Erneuerbaren Energien in Frage.

Atommüllfässer zurückholen

Seit langem wissen wir, dass das ehemalige Bergwerk Asse II nicht die Anforderungen an ein Endlager für radioaktive Abfälle erfüllt. Daher hat die Bundesregierung das Bundesamt für Strahlenschutz mit seiner Schließung beauftragt. Nun verzögert sich die Rückholung der Abfälle, denn das Bergwerk ist in einem schlechten baulichen Zustand. Die Zeit drängt jedoch! Wir fordern daher in unserem Antrag die Bundesregierung dazu auf eine Spezialeinheit einzurichten. Die Einheit soll das Genehmigungsverfahren beschleunigen und die Standsicherheit des Bergwerks sowie die Rückholung der radioaktiven Abfälle klären.



BUNDESTAG AKTUELL WAHLKREISTICKER VON Dr. BÄRBEL KOFLER, MdB



Es ist unsere Pflicht, den Druck auf Syrien zu erhöhen

Bürgerproteste

Zehntausende syrische Bürgerinnen und Bürger protestieren gegen das autokratische Regime von Präsident al-Assad. Sie verlangen die Einlösung lang versprochener politischer Reformen und mehr demokratische Rechte im Land.

Das Regime reagiert jedoch gegen Oppositionelle von Anfang an mit brutaler Gewalt. Das Blutvergießen in Syrien hat sich am vergangenen Wochenende sogar noch weiter verschärft.

Scheitern der Syrien-Resolution

Bislang ist keine politische Lösung zur Beendigung dieses andauernden Konfliktes zwischen Regierung und Opposition in Syrien in Sicht. Obwohl in Syrien

seit fast einem Jahr kein Tag ohne Gewalt und Blutvergießen vergeht, ist der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen bislang nicht aktiv geworden. Vor diesem Hintergrund ist das Scheitern der Syrien-Resolution am Veto von Russland und China im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ein schwerer Rückschlag.

Situation in Syrien eskaliert

Die Situation in Syrien droht immer mehr zu eskalieren und in einen Bürgerkrieg auszufern. Ein Bürgerkrieg stellt auch eine Gefahr für die Sicherheit der gesamten Nahostregion dar, die nicht ohne Auswirkungen auf die europäische Union bliebe. Umso besorgniserregender ist es, dass das Regime unter Präsi-

dent Assad keine Anstrengungen zur Lösung der innenpolitischen Krise zeigt und das Land immer stärker in eine internationale Isolation treibt.

Demokratisierung einleiten

Daher ist es besonders wichtig, dass die internationale Staatengemeinschaft die Arabische Liga bei ihren Bemühungen unterstützt, die Gewalt in Syrien zu beenden und die Demokratisierung des Landes einzuleiten.

Anfrage an Bundesregierung

In einer kleinen Anfrage fordert die SPD-Bundestagsfraktion daher die Bundesregierung auf, alle Möglichkeiten der Kriseneindämmung durch die Bundesregierung zu prüfen.

Europas Finanzrisiko



Die Vertrauenskrise in Europa ist ganz wesentlich eine Finanzierungskrise. Ein Schock aus einseitigen Haushaltskürzungen, Rezessionen im Euroraum und steigender Verschuldung lässt den Hilfsbedarf der Krisenländer aus dem Ruder laufen.

Das größte Refinanzierungsrisiko trägt Italien. Es muss in diesem Jahr Staatsanleihen im Wert von 330 Mrd. Euro platzieren. Gerät Italien oder Frankreich in den Strudel einer Rezessions-Schulden-Spirale wäre das für den gesamten Euroraum schwierig.

Es wird immer klar, dass der Zusammenhalt der Eurozone auf dem Spiel steht und dass Haushaltskonsolidierung ohne Investitionen in neues Wachstum nicht gelingen kann. Notwendig ist eine echte Wachstumsstrategie für Europa. Wir brauchen ein Programm der industriellen Erneuerung, das Europa im globalen Wettbewerb als Produktionsstandort positioniert. Die Bundesregierung bleibt jedoch Antworten auf die entscheidenden Fragen schuldig.

Impressum:

Herausgeberin: Dr. Bärbel Kofler, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Redaktion: Rossana Mirlach
Telefon: 030/227-77599
Fax: 030/227-76599
E-Mail: baerbel.kofler@bundestag.de

Wahlkreisbüro Traunstein:
Telefon: 0861 - 2099 063
Fax: 0861 - 2099 064
E-Mail: baerbel.kofler@wk.bundestag.de